

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshof, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 279

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 31 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Freitag, den 28. November

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.
und die Beilage: „Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser

In Genf wurde durch die Vorbereitende Abrüstungskommission die Bestimmung angenommen, daß alle früheren in den Versailler Verträgen enthaltenen Vorschriften über die Rüstungsmöglichkeiten erhalten bleiben. Dadurch wird jede tatsächliche Abrüstung unmöglich.

* Reichsinnenminister Dr. Wirth hat sich nebst dem preussischen Staatssekretär im Innenministerium Dr. Abegg nach Oppeln begeben, um beruhigend auf die infolge der Polenausführungen in Ostoberschlesien erregte schlesische Bevölkerung einzuwirken.

* Vor dem Hauptauschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie machte Reichsbankpräsident Luther Ausführungen über die innen- und außenpolitischen Auswirkungen der Finanzreform.

* In Peru ist abermals eine Revolution ausgebrochen, die das Land in große Wirren gestürzt haben soll.

Geldverbilligung.

Eine ganz gewaltige Rolle beim Kampf um den Preisabbau spielen — neben den Tarifen der Verkehrs- und Kraft-, Licht- und Wärmeversorgung — aber auch die „Geldkosten“, also die Kosten der Inanspruchnahme von Kredit bei den Banken, der teurer bezahlt werden muß, außerdem aber noch beträchtlich verteuert wird durch sehr erhebliche Bankspesen und -provisionen. In weitestem und noch wachsendem Umfange wird die Wirtschaft davon berührt, wie teuer ihr Bankkredit ist; Erzeugung ebenso wie Handel sind in der Höhe ihrer Betriebskosten ganz außerordentlich stark schon von der Zinshöhe selbst abhängig — aber zu diesen eigentlichen Zinsen treten ja noch jene Provisionen und Spesen hinzu, die zu einer weiteren Erhöhung des Zinsniveaus um bisweilen zwei Prozent führen können. Bisher hat man nun nicht das geringste davon gespürt, daß sich die bekanntlich vor kurzem erfolgte Herabsetzung der Bankdirektorengehälter, außerdem die gerade bei den Großbanken außerordentlich drastisch durchgeführte Rationalisierung in einer Ermäßigung auch der „Warenkosten“, in einer Verbilligung also des Geldes bemerkbar gemacht hätte, das vom kreditbedürftigen Bankkunden „gekauft“ wird.

Die Reichsregierung hat es zwar an entsprechenden Anregungen bei den Banken nicht fehlen lassen, sie ist aber bisher leider noch auf keine Gegenliebe gestoßen; eine bereits angesezte Verhandlung über dieses Thema ist im letzten Augenblick wieder abgesagt worden und der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat unzweideutig erklärt, daß „eine Ermäßigung der Kreditkosten nicht in Frage komme“. Das kann und darf aber um so weniger das letzte Wort sein, als von dieser Geldverbilligung außerordentlich viel für die Senkung der Kosten in Erzeugung und Handel abhängt. Außerdem ist bei den Banken die Geld-„Handelsspanne“ sehr groß; denn man erhält für sein Guthaben bei einer Bank knapp die Hälfte jener Zinsen, die man zahlen muß, wenn man Geld von der Bank haben will. Zwangsmaßnahmen gegen die Höhe der Tebetszinsen an sich wären falsch und gefährlich; aber es würde zu einer Steigerung der Guthaben bei den Banken führen, wenn diese sich zu etwas höheren Kreditzinsen verstehen würden, wenn man dort also jene „Handelsspanne“ verkleinert. Das Reich jedenfalls hat bereits vor Monaten Steuern ermäßigt oder gar abgeschafft, die den Geld- und Kapitalverkehr belasteten, hat damit also seinerseits auf nicht unbeträchtliche Einnahmen verzichtet im Interesse der Wirtschaft. Gleiches müßte auch nun beachtet und nachgeahmt werden von den Banken als den Trägern des Geld- und Kreditverkehrs; zur Belebung ihrer eigenen Geschäfte würde es führen, wenn sie selbst durch Geldverbilligung dabei mithelfen würden, die Belebung der Wirtschaft zu ermöglichen.

Wie die Banken Träger des Geldverkehrs sind und es sehr wesentlich ist, welche Kosten durch diese ihre Betätigung nun der Wirtschaft und deren Erzeugnissen auferlegt werden, so ist die Reichsbahn das Instrument vor allem des Güterverkehrs. Und ebenso laut und berechtigt, wie man im Interesse des Kosten- und Preisabbaues nach einer Geldverbilligung ruft, ist das Drängen nach einer Herabsetzung der Gütertarife. Bisher hat sich die Reichsbahn unter Hinweis auf ihr hoch angeschwollenes Defizit hartnäckig dagegen gestäubt, obwohl ihr aus der Preissenkung für Kohle und Materialen, außerdem aus der beabsichtigten Gehaltskürzung beträchtliche Ersparnisse gegenüber der jetzigen Ausgabenhöhe erwachsen; die Reichsbahn selbst schätzt diese Ausgabenentlastung auf etwa 150 Millionen. Bei einer Einnahme von rund 3500 Millionen, die 1929 im Güterverkehr erzielt wurden, macht eine Verwertung dieser 150 Millionen im Sinne einer allgemeinen Tarissenkung freilich knapp 4 Prozent aus; anders aber wird es, wenn man diese Summe nur für eine Verbilligung des Kohlenverkehrs verwendet, der der Reichsbahn allein schon zwei Milliarden einbringt. Wegen der bisherigen Höhe der Kohlentarife — die Fracht z. B. von Essen bis Hannover kostet 50 Prozent des ganzen Erzeugerpreises — ist es ja auch zu einem allmählichen, aber bisher unaufhaltsamen Zurückweichen der deutschen vor der englischen Kohle in Deutschland gekommen, dehnt sich das „bestrittene“ Gebiet immer weiter aus. Es braucht ja nicht erst und nicht immer wieder betont zu werden, daß der Kohlenpreis einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Kostenhöhe überall in der Wirtschaft ausübt und daß es sehr zu begrüßen wäre, wenn man als Verbraucher die bereits beschlossene Senkung der

Bernstorff fordert gleiches Recht in Genf

Die zwecklose Abrüstungskomödie.

Große Auseinandersetzung.

„Mit einer wirklichen Abrüstung,“ rief der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, bei der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf aus, „hat der jetzige Abkommensentwurf für die Abrüstung gar nichts mehr gemeinsam als die Überschrift, soweit er sich auf die Einschränkung der Landstreitkräfte bezieht. Wenn die Kommission sich von diesem flüchtigen Ende ihrer fünfjährigen Arbeit Rechenschaft geben würde, hätte sie nicht auch durch den vorliegenden Artikel das jetzt entstehende Scheinwerk dem früheren Vertrag gegenübergestellt. Wenn die Mehrheit der Kommission den Artikel annimmt, werden dadurch allerdings nur diejenigen Staaten betroffen, die den Konventionsentwurf unterzeichnen werden. Zu diesen wird Deutschland nicht gehören. Im Gegenteil werde ich gerade die Gelegenheit dieses Artikels benutzen, um gegen den ganzen Konventionsentwurf zu stimmen.“

Es handelte sich dabei um den berüchtigten Artikel des Entwurfs für die Abrüstung, der die früher abgeschlossenen Verträge über Rüstungsfragen, also auch die betreffenden Bestimmungen der Friedensverträge ausdrücklich aufrechterhält.

Frankreichs Vertreter Maglioli verteidigte die französischen Meinungen und fügte hinzu, daß die Aufrechterhaltung der Friedensverträge für die französische Delegation eine der wesentlichen Vorbereitungen des Abschlusses einer Abrüstungskonvention sei.

Vertragsmäßige Gegenleistung.

Graf Bernstorff sprach dann nochmals und betonte, es gebe vielleicht Delegierte, die glaubten, man könnte der deutschen Regierung einen Vertrag zur Mitunterzeich-

nung anbieten, der den Rüstungsstand der Welt zu Lande verschleierte, statt eine wirkliche Abrüstung zu bringen, oder der sogar seine Erhöhung gestattete und der von Deutschland gleichzeitig eine Erneuerung der deutschen Unterschrift unter die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages bedeuten würde. Solcher Illusionen solle man sich endgültig entschlagen. Deutschland betrachte die Abrüstung als eine vertragsmäßige Gegenleistung. Seit Jahr und Tag sind die Voraussetzungen von den amtlichen Vertretern Deutschlands bei jeder Gelegenheit ausgesprochen worden. Unser Standpunkt ist der, daß Deutschland einen Abrüstungsvertrag nur dann anerkennen kann, wenn er eine gerechte und der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung bringt. Deutschland wird die Abrüstungskonvention danach beurteilen, ob sie als Gegenleistung für die deutsche Abrüstung endlich den Grundsatz paritätischer Sicherheit verwirklicht. Der vorliegende Entwurf tut das nicht.

Der englische Vertreter Lord Cecil suchte die verschiedenen Ausführungen Bernstorffs mit ausweichenden Redensarten zu entkräften. Nach einer Erklärung des amerikanischen Delegierten Gibson, daß die Vereinigten Staaten das größte Interesse an der Aufrechterhaltung der Verträge von Washington und London hätten, wurde der Antrag des bulgarischen Delegierten Morosoff, den Artikel zu streichen und die ganze Frage an die Abrüstungskonferenz zu verweisen, gegen die Stimmen Deutschlands, Italiens, Rußlands, der Türkei und Bulgariens mit zwölf Stimmen bei zahlreichen Enthaltungen abgelehnt und sodann der Antrag, die vorliegenden beiden Texte der englischen und der französischen Delegation einem Unterkomitee zu überweisen, ohne Widerspruch mit 14 Stimmen angenommen. Damit sind alle Hoffnungen auf eine tatsächliche Einleitung der Abrüstung begraben.

Dr. Wirth in Oberschlesien

Die polnische Verfolgung.

Genfer Ratstagung im Januar.

Die Erregung auch in deutschen Teilen von Oberschlesien infolge der Verfolgungen der deutschen Minderheit durch die Polen in Ostoberschlesien hat einen hohen Grad angenommen. Um beruhigend zu wirken, aber auch zu zeigen, daß die Reichsregierung in weitgehendem Maße die Interessen der schlesischen Bevölkerung im Auge behält, ist Reichsinnenminister Dr. Wirth mit dem Staatssekretär im preussischen Innenministerium, Dr. Abegg nach Oppeln gereist, um mit allen maßgebenden Kreisen Ostoberschlesiens Fühlung zu nehmen. Das Reichskabinett hat nach eingehender Aussprache beschlossen, von einem Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Ratstagung des Völkerbundes abzusehen. Der Protest soll erst auf der normalen Ratstagung im Januar erledigt werden. In den ausführlichen Beratungen des Kabinetts ist noch einmal alles Material zur Sprache gekommen, das über die Gewalttate und Wahlentrechtungen in den an Polen abgetretenen ehemals deutschen Gebieten vorliegt.

Die nach Genf gesandte Note umfaßt etwa dreißig Schreibmaschinenseiten. Sie stellt die erste derartige Aktion dar, in der die Reichsregierung selbständig zugunsten der Minderheiten einschreitet. Obwohl der Voi-

wode von Ostoberschlesien dem Präsidenten Calonder versprochen hat, daß für Ruhe und Ordnung gesorgt werde, machen sich die sog. Aufständischen immer neuer Ausschreitungen schuldig. In Königsbütte fuhr eine etwa 60 Mann starke Aufständischengruppe auf einem Lastkraftwagen kreuz und quer durch die Straßen und nötigte die Passanten, Hochrufe auf Wladislaw auszubringen. Wer sich weigerte, wurde schwer mißhandelt. Zwanzig Personen wurden blutig geschlagen.

Überfall auf das „Deutsche Heim“ in Thorn.

In das „Deutsche Heim“ in Thorn drangen drei Polen ein und überfielen drei dort sitzende Deutsche. Einer der Gäste wurde niedergeschlagen und verletzt, während die beiden anderen sich zur Wehr setzten. Unter dessen drangen von der Straße weitere Polen in das Lokal ein und zerstörten die Inneneinrichtung: Stühle, Tische und Kronleuchter. Die Polizei machte dem Treiben ein Ende und verhaftete eine Person.

Bemerkenswert ist, daß sich der polnische Terror mittlerweile aus Ostoberschlesien nach dem bisher ruhigen Pommerellen ausgedehnt hat. Dort sind die Deutschen ganz schutzlos, da ihnen infolge der Wahlbedrückung kein einziges Mandat zufiel.

In Hohenbrücken in Ostoberschlesien ist unterdessen der mißhandelte deutsche Angestellte seinen Verletzungen erlegen, ein anderer Deutscher schwebt in Lebensgefahr.

Arbeitslosenverteilung. Monatlich mußt Württemberg etwa zwei Millionen Mark Arbeitslosenversicherungsbeiträge zugunsten anderer Reichsgebiete an die Reichsanstalt ab. Dies sei für die württembergische Wirtschaft ein dauernder Aberlaß. Man könne sagen, daß kurzzeit die Hälfte der im Lande verbleibenden Reichssteuerüberweisungen auf diesem Wege wieder an das Reich bzw. an die Reichsanstalt zurückfließe. Es müsse in diesen Fragen etwas geschehen. Das Reich müsse Württemberg in irgendeiner Form einen Ausgleich für diese unbezweifelbaren Mehrleistungen bieten.

Frankreich.

Russisch-italienische Verständigung.

Die französischen politischen Kreise sind in lebhafter Bewegung geraten infolge der Mailänder Verhandlungen zwischen dem russischen Volkskommissar Litwinow und dem italienischen Außenminister Grandi. Nach Mitteilungen von italienischer Seite ist über einen fünfjährigen Kredit Italiens an Sowjetrußland gesprochen worden, den Rußland zur Befüllung verchiedener Schiffeneubauten in Italien in Anspruch nehmen wird. Außer verschiedenen Handelsschiffen kommen auch Lieferungen der militärischen Schiffswerften Italiens an U-Booten und leichten Kreuzern in Frage. Die Abtragung des Kredits soll zum Teil durch russische Getreidelieferungen an Italien erfolgen. Man fragt sich in Frankreich, ob sich in diesen Vorgängen eine russisch-italienische deutsche Annäherung vollziehe und ob die Gefahr der Bildung eines Blocks von 300 Millionen Menschen näher rücke.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Nachverzollung von Rauchwaren.

Da in der neuen Tabaksteuervorlage nur eine Ermächtigung des Reichsfinanzministers, keine Verpflichtung vorgesehen ist, die bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes vorhandenen Bestände nachzuverzollen, scheint im Tabakgewerbe die Meinung verbreitet zu sein, daß das Reichsfinanzministerium von der Ermächtigung keinen Gebrauch machen würde. Nur so läßt sich die überall beobachtete Herabsetzung auf Vorrat erklären. Wie von besonderer Seite verlautet, ist aber der Reichsfinanzminister fest entschlossen, einen Nachzoll zu erheben, schon weil andernfalls die kapitalträchtigen Betriebe vor den weniger kapitalträchtigen bevorzugt würden.

Württembergs Finanzlagen.

Im Landtag führte der württembergische Wirtschaftsminister lebhaft Klage über eine schwere finanzielle Benachteiligung Württembergs durch die Regelung der

Rußland.

Der Mosauer Prozeß.

Im großen politischen Prozeß in Moskau bestätigte der Angeklagte Tschernichowski die Aussagen der Angeklagten Raminin und Larischew. Er betonte, die Verschwörer hätten gehofft, große Geldmittel aus dem Ausland zu erhalten. Es sei aber nicht gelungen, einen Fonds für den Kampf gegen die Sowjets zu bilden. Er bestätigte, die Anweisung aus Paris erhalten zu haben, die Ausführung des Fünfjahresplanes zu sabotieren. Der Angeklagte Kalinikow bestätigte die Aussagen der anderen Angeklagten.

Peru.

Abermals Ausbruch der Revolution.

Aus Peru werden schwere Unruhen gemeldet. In Lima sollen blutige Straßenkämpfe stattfinden. Mehrere standrechtliche Erschießungen wurden vorgenommen. Die Zensur verhindert die Übermittlung von Einzelheiten. — Vor etwa zwei Monaten war gegen den Präsidenten Leguía ein Militäraufstand in der Stadt Arequipa ausgebrochen. Auch die Garnison von Lima schloß sich dem Aufstand an, und Präsident Leguía sah sich trotz seines großen Ansehens im Lande gezwungen, zu flüchten. Unter Oberst Sanchez Cerro wurde eine provisorische Militärdiktatur errichtet, gegen die jetzt ein neuer Aufstand ausgebrochen ist.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Reichspräsident empfing den Reichsminister der Finanzen, Dietrich, zu einem ausführlichen Vortrag über den Stand des Sanierungsprogramms.

Berlin. Über das Befinden des Reichstagsabgeordneten von Kardorff, der wegen Darmverengung operiert wurde, wird gemeldet, daß die Operation gut verlaufen ist und daß sich der Kranke den Umständen entsprechend wohl befindet.

Berlin. Die Nationalsozialisten haben im Reichstag beantragt, die Reichsregierung möge aus den Arbeitslosen einen freiwilligen Grenzschutz von mindestens 100 000 Mann an der deutsch-polnischen Grenze aufstellen.

Breslau. Der preussische Oberförster Bülow in dem schlesischen Kreis Sorau ist von dem zuständigen Disziplinargericht wegen seiner Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Partei und seiner Teilnahme an einem Fachezug dieser Partei zur Dienstentlassung verurteilt worden.

Stuttgart. In der Sitzung des Landtages wurde der Antrag des Nationalsozialistischen Mergenthaler auf Mißbilligung der Zustimmung der württembergischen Regierung zum Sanierungsprogramm von Brüning gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Ein von den Deutschnationalen unterstützter Antrag der Wirtschaftspartei betreffend Revision des Young-Planes wurde angenommen.

Paris. Die französische Kammer setzte die Aussprache über die nationale Rüstung fort. In der Aussprache brachte der sozialistische Abgeordnete Chabrun eine Entschließung gegen das Kabinett ein, worauf der Ministerpräsident Lardieu die Vertrauensfrage stellte. Die Kammer sprach der Regierung mit 331 gegen 253 Stimmen das Vertrauen aus.

Um das Reichsfinanzprogramm.

Handel und Reichslandbund warnen die Regierung
Gerechte Besteuerung für alle!

Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Außenhandels hat wiederholt dem Reichsfinanzministerium und dem Kabinett gegenüber der schweren Enttäuschung der Wirtschaft darüber Ausdruck gegeben, daß das ursprüngliche Finanzprogramm der Reichsregierung in den Reichsratsverhandlungen in entscheidenden Punkten verlassen worden sei. Die wiederholt versprochene Senkung der steuerlichen Lasten sei leider wieder nicht zu erwarten. Im Gegenteil, die Entwürfe des Steuervereinfachungsgesetzes scheinen für die wirtschaftliche Gesundung einen gefährlichen Weg in der zukünftigen steuerlichen Gesamtgebarung einzuschlagen. Der Reichslandbund nimmt folgendermaßen Stellung:

Der Reichslandbund hat von jeher Vereinfachung des landwirtschaftlichen Besteuerungsverfahrens sowie eine gerechte Besteuerung und insbesondere eine Befreiung der Produktion am meisten schädigenden Realsteuern gefordert. Diesem Ziel werden die von der Reichsregierung angekündigten Gesetzentwürfe nicht gerecht.

Die Verbindung der Einkommensteuer mit den Realsteuern zu einer Einheitssteuer bedeutet im Gegenteil die Erweiterung und Verewigung der Realsteuern, deren produktionsfeindlichen Charakter die Reichsregierung selbst wiederholt anerkannt hat. Die von der Reichsregierung beabsichtigte Regelung rückt ferner die Gefahr einer Verschiebung der Realsteuerlast zu ungunsten der Landwirtschaft in bedrohliche Nähe. Auch die bisher bekanntgewordenen Vorschläge der Reichsregierung hinsichtlich des Rechtsschutzes der Steuerpflichtigen zwingen zu schärfstem Widerspruch. Der Reichslandbund ist der Auffassung, daß das geltende Steuerrecht durchaus die Möglichkeit läßt, wesentliche Vereinfachungen auf gerechterer Grundlage herbeizuführen.

Hilfe im Haushaltsausschuß.

Die Beratungen zu Ende geführt.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beendete die Beratung der Haushaltsverordnung. Reichsminister Treviranus erklärte, daß durch die beantragte Verlängerung des Vollstreckungsschutzes die gesamte Kreditwirtschaft aufs schwerste erschüttert und gefährdet würde. Für die Ostgrenze Bayerns sei bereits eine Million Mark vorweg von den Mitteln der Westhilfe abgezweigt worden. Für die schlesischen und sächsischen Böhmen-Grenzgebiete seien entsprechende Maßnahmen vorgesehen.

Noch keine Verlängerung

der Urheberrechtsfrist.

Ablehnung der Vorlage im Reichsrat.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner Vollsession mit dem Gesetzentwurf über die vorläufige Verlängerung der urheberrechtlichen Schutzfrist. Die Vorlage sieht zwar formal nur eine Verlängerung um ein Jahr vor, aber im Hintergrunde ist die große Frage, ob Deutschland von der 30-jährigen zur 50-jährigen Schutzfrist übergehen sollte. Die Ausschüsse haben die von der Regierung angegebenen Gründe nicht als so dringend angesehen, daß ihre Verwirklichung eine Regelung getroffen werden müsse, die ein erster Schritt zur 50-jährigen Schutzfrist sein könnte. Mit großer Mehrheit haben sie deshalb die Vorlage abgelehnt. Der Reichsrat schloß sich diesem Antrage an.

Deutsch-rumänische

Wirtschaftsbesprechungen.

Handelsvertragsverhandlungen sollen fortgeführt werden.

Auf der europäischen Wirtschaftskonferenz wurden auf Grund der in den letzten Tagen geführten persön-

lichen Besprechungen zwischen dem rumänischen Vize-Minister und Ministerialdirektor Bosse der deutschen Abordnung Vorschläge zur Wiederaufnahme der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen überhandt. Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen dürften Anfang nächsten Jahres in Wien aufgenommen werden.

Ministerpräsident Dr. Braun in Bielefeld.

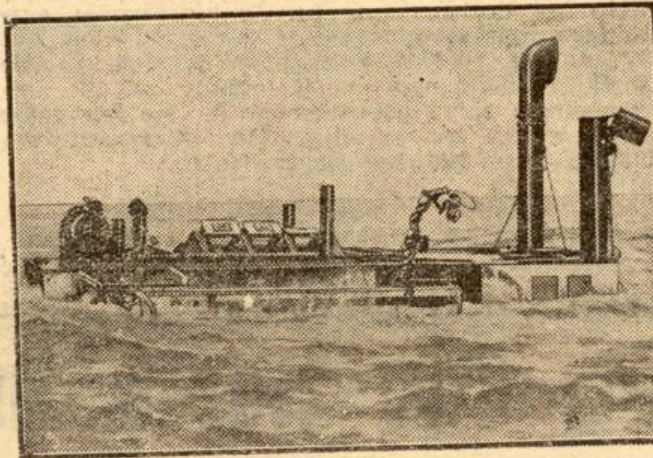
Der preussische Ministerpräsident Dr. Braun sprach in Anbetracht der Gemeindewahlen in einer Versammlung der Sozialdemokratischen Partei. Ausgehend von der schwierigen Lage in Staat und Wirtschaft suchte der Redner den großen Wahlerfolg der Nationalsozialisten zu erklären, deren Demagogie er in scharfen Worten kritisierte. Zur Lohn- und Gehaltstürzung erklärte der Ministerpräsident, daß sie verheerend wirken könne, wenn nicht ein entsprechender Preisabbau erfolge. Das privatkapitalistische System habe an der Wirtschaftsnot schuld, der Ausbau der Gemeinwirtschaft sei nötig. Eingehend befaßte sich Dr. Braun mit dem angekündigten Sturm auf Preußen. Wir würden schlimme politische Kämpfe erleben und hätten den schlimmsten Winter in der ganzen republikanischen Entwicklung vor uns. Gelegentlich der Kritik der Stahlhelmpolitik erklärte der Ministerpräsident im Hinblick auf den Stahlhelmbesuch bei Mussolini wörtlich, er würde es doch als erwünscht ansehen und aussprechen, wenn der Reichspräsident sein Verhältnis zu dieser Organisation fallen lassen würde. Wenn jetzt der Reichstag versage, sei es kein Wunder, wenn letzten Endes die Regierung verantwortungsbewußt auch die Grenzen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit sehr weit ausdehnen würde.

Gegen Hinausschiebung des Tarifabbaus.

Ein Mahnruf der Industrie.

Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nahm eine Entschiedenheit an, in der hervorgehoben wird, daß durch den sechsprozentigen Abbau der 1927 festgesetzten Beamteneinküfte bei der Deutschen Reichsbahn rund 84, bei der Deutschen Reichspost rund 62 Millionen Mark für Tarifermäßigungen verfügbar werden. Eine Anpassung der Arbeitslöhne bei beiden Verkehrsanstalten sei unabwiesbar, um die gleiche Grundlage wie bisher herzustellen. Hierdurch würden bei der Deutschen Reichsbahn weitere rund 107 Millionen, bei der Deutschen Reichspost 24 Millionen, also insgesamt rund 131 bzw. 84 Millionen Mark verfügbar.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie fordert, daß diese Erparnisse auf dem Wege von Tarifermäßigungen der notleidenden Wirtschaft wieder zugeführt werden. Die Tarifermäßigungen müssen vor dem 31. März 1931 erfolgenden Ablauf der Tarifverträge im Wege der Vorleistung spätestens bis zum 1. Februar 1931 erfolgen.



Das Brau der „Luise Leonhardt“,
des Hamburger Frachtdampfers, der auf dem Groß-Vogel-
land an der Elbmündung auslief und seine gesamte
31 Mann starke Besatzung in den Tod riß.

Staatskommissare für die Stadt Berlin.

Zwangsweise Regelung der Finanzen.

Der Oberpräsident für die Provinz Brandenburg und für Berlin hat die Oberregierungsräte Dr. von Stein und Dr. Koppen zu Staatskommissaren für Berlin ernannt. Der erstere soll die Rechte des Magistrats, der zweite die Rechte der Stadtverordnetenversammlung wahrnehmen. Beide haben den gebundenen Auftrag erhalten, die Haushaltspläne Berlins für 1930/31 auszubalancieren. Unter anderem ist bestimmt worden, daß der kommunale Zuschlag zur Grundvermögenssteuer andauern soll; ferner soll eine Getränkesteuer ab 1. Dezember eingeführt werden und weiter eine Bürgerabgabe nach dem Landesgesetz.

Lärm im Berliner Rathaus.

Ausschluß der 54 Mann starken Kommunistenfraktion durch Polizei.

In der Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es zu ungeheuren, noch nicht dagewesenen Radauszenen, die ein energisches Eingreifen der Polizei erforderlich machten. Während der Verlesung des Schreibens des Oberpräsidenten über die Bestellung der Staatskommissare verurachteten die Kommunisten unterstützt von den Tribünenbesuchern einen Höllenlärm. Zunächst wurden deshalb die Tribünen polizeilich geräumt.

Die Kommunisten ließen aber in ihrem Lärmen nicht nach. Der Vorsteher versicherte sich schließlich durch Aufruf der Mehrheit der Versammlung, die den Ausschluß der gesamten kommunistischen Fraktion beschloß. Diese übten jedoch Resistenz und ließen sich unter dem Gebrüll ihrer Genossen von der Polizei einzeln aus dem Saale leiten. Endlich mußte die Polizei rücksichtslos Gewalt anwenden, da die Kommunisten mit den Stühlen förmliche Barrikaden errichteten. Die kommunistische Fraktion, 54 Mann stark, wurde insgesamt aus dem Saale transportiert. Die Nationalsozialisten verließen darauf geschlossen die Versammlung.

Soziale Hilfe durch die Kirche?

Beschlüsse des Thüringischen Landtages.

Der Thüringische Landtag nahm einen nationalsozialistischen Antrag an, der die Regierung beauftragt, mit der thüringischen Landeskirche dahin zu verhandeln, daß die Kirche ein Drittel der Mittel, die sie in diesem Jahre vom Lande Thüringen erhält, für Linderung der sozialen Not, für Hilfsarbeiten und produktive Erwerbslosenfürsorge verwendet. Der Antrag wurde angenommen mit den Stimmen der Nationalsozialisten und einiger Abgeordneten der Wirtschaftspartei gegen Teile der übrigen Regierungsparteien bei Enthaltung der Kommunisten, die die Einstellung sämtlicher Zahlungen an die Kirche verlangten.

Tagung des Bundes der Viehhändler Deutschlands.

Antrag auf Schaffung eines Viehseuchenschutzgesetzes.

Unter zahlreicher Teilnahme aus dem ganzen Reich und in Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden wurde in Berlin die 30. Hauptversammlung des Bundes der Viehhändler Deutschlands e. V. eröffnet. Nach Begrüßungsworten des Präsidenten, Hermann Daniel-Koblenz, wurden die Anträge beraten, die insbesondere

viehseuchenpolizeiliche Fragen

zum Gegenstand hatten. Besondere Bedeutung dürfte einem Antrage auf Schaffung eines Seuchenschutzgesetzes beizumessen sein. Durch dieses Gesetz sollen die Viehbesitzer gegen die Schäden, die ihnen durch Maul- und Klauenseuche sowie durch Schweinepeste und Schweinepest entstehen, gesichert werden. Weiterhin wurde eine Vereinfachung der Seuchenüberwachung und der Seuchengesetzgebung in Deutschland beantragt. Andere Anträge befaßten sich mit der Frage „Viehhandel und Reichsbahn“, die im Augenblick insofern aktuell ist, als zurzeit bei der Reichsbahn Beratungen schweben, die Tiertransporttarife einer grundlegenden Änderung zu unterziehen.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 28. November 1930, Nr. 6.

Andreasnacht.

Das ist eine der merkwürdigsten Nächte, die es gibt, und nur die Silvesternacht noch ist ähnlich geheimnisvoll. Aber während die Silvesternacht immerhin doch unter Jubel und Trubel dahingeht, so daß man das Mystische beinahe vergißt, ist der Andreasnacht oder die Andreasnacht ganz in Symbolik getaucht, so daß man gar nicht drum herumkommen kann und überall Geister wispeln und raunen hört. In ganz besonderer Weise ist die Nacht zum 30. November, an welchem der Apostel Andreas, der Bruder des Petrus, seinen „Tag“ hat, eine Sache für junge Mädchen, die gern ihren zukünftigen Gatten sehen möchten. Sie können das gut haben und es gehört weiter nichts dazu als ein wenig Blut, das gegossen wird, wie man das ja auch am Silvester macht, oder eine solide Apfelschale, die man kunstvoll hinter sich wirft und aus deren Form man dann den großen Anfangsbuchstaben des Namens des zukünftigen Freiersmannes entziffert. Das sind nun vielleicht Zufallsspiele, und es gibt viele, die nicht daran glauben wollen. Aber unbestreitbar ist und glaubwürdig ist der Andreasnachtstraum, in welchem man den Brautgatten klar und deutlich sieht, und den Vornamen und den Familiennamen erfährt man noch obendrein, und gewöhnlich ist es der, an den man schon seit langem gedacht hat. Also an diesem Zauber der Andreasnacht läßt sich nicht herumkritikeln. Sehr kompliziert ist die Brautgattenschau bei den Mädchen des Oberhanges. Wenn sie wissen wollen, in welcher Gegend der zukünftige Ehemann wohnt, gehen sie in der Andreasnacht zwischen elf und zwölf Uhr in den Garten und schütteln den Baum so lange, bis eine Planke losbricht. Diese Planke nun wird am ersten Weihnachtstage beim ersten Läuten in den Ofen gelegt, beim zweiten Läuten wird nachgeschoben, und beim dritten Läuten stellt man sich ans Fenster. Wenn dann eine alte Frau kommt, muß das arme Mädchen mit dem Heiraten noch ein Jahr warten; kommt aber ein alter Mann oder ein kleiner Junge, so ist die Hochzeit nahe. Am besten ist's allerdings, wenn der junge Mann, auf den man wartet, selbst kommt. Man weiß nur leider nicht genau, was das alles mit dem heiligen Andreas, der dem Volke am Festtage des Schwarzen Meeres das Evangelium predigte und den deshalb die Russen, als sie noch nicht Bolschewiken hießen, besonders verehrt haben, zu tun haben soll.

Beerenzeit.

„Jetzt noch?“ werden viele fragen. — „Aber ja doch!“ werden andere sagen. Nur müssen wir uns auch recht verstehen und uns über den Begriff „Beere“ zu einigen suchen. Also wenn wir z. B. von „Beerenobst“ sprechen wollten, so wäre das jetzt nicht mehr zeitgemäß. Die Weinbeere, ja, die ist schon noch da, und auch die Preiselbeere gibt es, und — da werden Sie aber lachen — die Gurle und den Kürbis. Botanisch genommen gehören nämlich auch die Gurle und der Kürbis zu den Beeren. Wogegen wieder die Himbeere, die Brombeere, die Maulbeere und die Erdbeere, auf die wir als auf Beeren geschworen hätten, nur als „Scheinbeeren“ gelten: es sind beerenähnliche Früchte, die aus vielen Einzel Früchten zusammengesetzt sind, während die richtige Beere sozusagen eine Einheit darstellt. Aber von solchen Beeren soll hier überhaupt nicht die Rede sein. Wir denken vielmehr jetzt nur an „Beeren“, die für den Herbst, auch noch für den Spätherbst, kennzeichnend sind und von denen nur wenige als genießbar gelten. Zu den wenigen genießbaren gehört zum Beispiel die Hagebutte, die zu Mus oder Tee verarbeitet wird, aber nicht jedermanns Sache ist. Und weil wir gerade von der Hagebutte sprechen, können wir gleich auch den Hagedorn, der auch Weißdorn heißt, erwähnen, der in direkter Linie von der Hagebutte stammt. Schön sehen sie ja aus, die Hagedornbäume, aber sie sind nicht ganz ungefährlich, da sie Brutstätten schädlicher Insekten sind, die oft auf Obstbäume übergehen. Zu den prinzipiellsten Herbstbeeren aber gehören die Beeren der Eberesche, die man auch Beereiche, Vogelbeerebaum, Quittre usw. nennt. Da die Beeren zum Vogelfressen dienen, besonders für Drosseln, heißen sie auch Drosselbeeren. Wir brauchen die Aufzählung der Herbstbeeren nicht fortzusetzen, obwohl wir noch eine ganze Anzahl namhaft machen könnten. Es sollte ja nur bewiesen werden, daß wir nicht ganz in die Irre gehen, wenn wir auch jetzt von einer „Beerenzeit“ zu sprechen wagen. Es hat eben jede Jahreszeit ihre besonderen Schönheiten, und wenn die Blumen verschwinden, dann gibt es draußen in Wald und Flur noch immer mancherlei Blütenbes und Reifenbes und Farbenprächtigtes, das unsere Aufmerksamkeit auf sich lenkt und sie so lange festhält, bis wieder etwas anderes in die Augen fällt.

5-Uhr-Ladenschluß am Heiligen Abend.

Auf eine deutschnationale Anfrage über den Geschäfts-schluß am Heiligen Abend ist jetzt von der Reichsregierung mitgeteilt worden, daß es beim Fünfuhrladenschluß bleibe. In der Begründung heißt es, die Befürchtung des Einzelhandels, die Verkürzung der Verkaufszeit könne auch jetzt noch eine empfindliche wirtschaftliche Einbuße bringen, sei nicht begründet. Die Landesregierungen würden ersucht werden, Umgehungen des Gesetzes durch unbefugten Warenverkauf in Gast- und Schankwirtschaften, Freizeuggeschäften usw. entgegenzutreten. Im übrigen sei das Gesetz über den Fünfuhrladenschluß der Initiative des Reichstages entsprungen und mit großer Mehrheit angenommen worden. Daher sei keine Aufhebung oder Änderung des Gesetzes geplant.

Halver

—O Achtung! Aufhebung einer Straßensperre! Die Bauarbeiten an der Gemeindefstraße Vergfeld—Anschlag im Straßenzuge Halver—Vergfeld—Anschlag—Wipperfürth sind soweit gediehen, daß die angeordnete Straßensperre am 1. Dezember d. J. aufgehoben werden kann. Die Straße wird von dem genannten Tage an für den gesamten Durchgangsverkehr wieder freigegeben.

—O Steuerkarten 1931. Durch Bekanntmachung in der heutigen Nummer dieser Zeitung wird von dem Amt auf die Abholung der Steuerkarten für 1931 hingewiesen. Es besteht Veranlassung, auf die besondere Bedeutung dieser Abholung aufmerksam zu machen. Grundsätzlich sind zur Beschaffung der Steuerkarten die Arbeitnehmer verpflichtet.

Sitzung der Gemeindevertretung Halber.

—I Halber, den 28. November 1930.

Im Sitzungssaale des Amtshauses fand gestern nachmittag eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Anwesend waren 14 Vertreter. Eine große Zahl Erwerbsloser zog geschloffen in den Sitzungssaal. Punkt 17.30 Uhr eröffnete Gemeindevorsteher Fernholz die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden drei Steuererlaßanträge in die geheime Sitzung verwiesen.

1. Abnahme der Gemeindefassenrechnung 1929. Die zur Prüfung dieser Rechnung f. Jt. gewählten Herren Welter und Schmidt haben die Rechnung durch Vornahme von Stichproben auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft. Gemeindevorsteher Fernholz teilt das Prüfungsergebnis und die Etatsüberschreitung mit. Die Einnahme für das Rechnungsjahr 1929 beträgt 1 179 318,70 RM. die Ausgabe 1 156 699,80 RM.

Bestand 2 618,90 RM.

An Rechten verblieben 12 895,39 RM. Vertretung spricht Vorbehaltung der gezogenen Erinnerungen einstimmig die Entlastung aus und bewilligte die Etatsüberschreitung.

2. Veräußerung einer Wegeparzelle. Der Landwirt Wilhelm Wefenhöller in Deckinghausen hat gebeten, an ihn aus dem früheren Wege Eichholz-Wefenhöhl die Parzelle Flur 17 Nr. 679/232, groß 6 qm, aufzulassen. Auf Vorschlag des Gemeindevorstandes wird dem Antragsteller die genannte Parzelle kostenlos übertragen. Die entstehenden Vermessungskosten hat der Landwirt Wifh. Wefenhöller zu tragen.

3. Uebernahme einer Bürgschaft. Die Westf. Heimstätte hat beantragt, für den Siedlungsbau Hartmann, Kölnnerstraße die Bürgschaft für eine Nachbeleihung des Bauvorhabens um 500 RM. zu übernehmen. Der Vorsitzende teilt dazu mit, daß die Beleihung der Siedlung einschließlich der erbauten 500 Goldmark-Hypothek der Westf. Pfandbriefanstalt die 60% Grenze des Bau- und Bodenwertes nicht überschreite und der Bürgschaftsübernahme nichts im Wege stehe. Weitere Bürgschaften für Darlehen des Kreises seien jedoch abzulehnen. Vertretung beschließt in diesem Sinne.

4. Zusammenlegung der beiden Volksschulen in Halber. Die Regierung hat die Zusammenlegung der Ost- und Westschule in Halber zum 1. April 1931 genehmigt. Die jetzt zu treffenden Anordnungen stehen zur Beratung. Die Schuldeputation und die Gemeindevertretung haben bereits am 24. 3. 30 die Zusammenlegung beider Volksschulen beschlossen. In der Rektoratschule sind aus den 4 Klassenräumen 2 Klassenzimmer herzurichten. Das Bauamt hat die Kosten des Umbaus auf 1800 RM. veranschlagt. Die Schuldeputation hat in ihrer gestrigen Sitzung von der Zusammenlegung der beiden Schulen Ost und West Kenntnis genommen und in Vorschlag gebracht:

1. Die Zusammenlegung zum 1. April n. J. zu vollziehen.
2. Der Schule den Namen „Evangelische Volksschule Halber“ zu geben.
3. Die Klassenzimmer in der Rektoratschule zu zwei geräumigen Klassenzimmern umzubauen.
4. Die übrigen Räume der Rektoratschule der neu einzurichtenden katholischen Volksschule zu überweisen.
5. Die Ausstattung der kath. Schule mit den doppelt vorhandenen Lehr- und Lernmitteln vorzunehmen.
6. Der Schulinstitutin Frau Andr. Hilsmann weiterhin die Reinigung der Schule zu belassen und die Entschädigung wie seither weiter zu zahlen.
7. Der Rektor Friedr. Eicher erhält die Dienstwohnung in der Ostschule und Rektor Carl Lueg die Dienstwohnung der Westschule. Der Vorsitzende bittet die Vertretung dem Beschluß der Schuldeputation beizutreten. Vertretung erklärt sich einstimmig mit den Vorschlägen einverstanden.

5. Besetzung der Leiterstelle an dem 7klassigen Schulsystem. Die Regierung hat zum Leiter für die 7klassige Volksschule in Halber den jetzigen Hauptlehrer Eicher aus Halber vorgeschlagen. Schuldeputation und Gemeindevertretung sind mit dem Vorschlag einverstanden.

6. Verlegung der Rektoratschule in die Räume der Westschule. Der Unterricht in der Rektoratschule geschieht in 5 Klassen mit 4 Lehrkräften. An baulichen Veränderungen sind vorzunehmen: Ein Konferenzzimmer muß in den Schulräumen hergerichtet werden. Das Bauamt veranschlagt die Kosten auf 1800 RM. Zu der Dienstwohnung der Westschule ist ein Dachzimmer herzurichten und auf den Abstrich Waschelegenheit anzubringen. Die Kosten werden auf 700 RM. veranschlagt. — Das Kuratorium der Rektoratschule hat in ihrer Sitzung beschlossen, die vorgenannten Veränderungen ausführen zu lassen und die Dienstwohnung in der Rektoratschule aufzugeben. Vertretung tritt dem Beschluß des Kuratoriums bei. Die freizumachenden Räume der Rektoratschule sind zu vermieten. Die eine Etage behält der Rektor i. R. Clever, während die andere bestmöglichst zu vermieten ist. Vert. Bremicker will die freie Etage als Dienstwohnung beibehalten. Bürgermeister Batermann tritt dem entgegen. Der Leiter eines Schulsystems habe in unmittelbarer Nähe der Schule zu wohnen. Nach dem beschlossenen neuen System sei diese Gewähr gegeben. Dienstwohnungen seien mit Defen auszustatten, was bei einer freien Wohnung weg falle. Als dann gibt er einen Kostenüberschlag für die Umorganisation. Die Rektoratschule habe seit dem 1. 4. 30 eine Lehrstelle aufgegeben. Das entspreche einer Ersparnis von 7320 RM. für Vertretungen seien aufgebracht 582,34 RM. mithin verbleiben 6700,66 RM. Für Umbauten der Schulen seien 4700 RM. aufzubringen, sodas für Einrichtung der katholischen Volksschule 2000 RM. zur Verfügung ständen. Mit diesen und von der Regierung verschprochenen Mitteln sei die Einrichtung zu bestreiten. Vertretung nimmt Kenntnis von diesen Vorschlägen und hat nichts dagegen einzuwenden.

7. Aufhebung der Dienstwohnung in der Rektoratschule. Der Gemeindevorsteher Fernholz teilt hierzu mit: Im Jahre 1845 bei Errichtung der jetzigen Rektoratschule seien aus freiwilligen Beiträgen der Bürger 18 000 RM. unter dem Namen „Amtmann Schmidt Stiftung“ zu den Baukosten gegeben. Aus den damaligen Niederschriften und Protokollen ist ersichtlich, daß ein Kuratorium aus 5 Herren allein über diesen Bau zu bestimmen habe. Seit 50 Jahren wird dieser Beschluß nicht mehr gehandhabt. Da die Dienstwohnung aufgegeben werde, so habe eine Aufwertung dieser 18 000 RM. zu erfolgen. Er schlägt vor eine Kommission aus 4 Herren und dem Bürgermeister zu ernennen, die diese Aufgabe erledige. Gewählt wurden die Vertreter: Welter, Haase, Schmidt und Bremicker.

8. Feststellung von Richtpreisen für die Defen in Lehrerdienstwohnungen. Die Verwaltung wird einen diesbezüglichen Vorschlag unterbreiten. Derselbe zeigt folgende Richtpreise: 1. ein Herd bis zu 160.— RM., 2. ein Schlafzimmer-

Zu neuen Ufern

Die Reichsmark in sieben mageren Jahren.

Die neue Preisformung und die Tüchtigen. In Berlin fand eine Sitzung des Hauptausschusses des Reichsverbandes der Deutschen Industrie unter dem Vorsitz von Geheimrat Duisberg statt. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden nahm Reichsbankepräsident Luther das Wort. Er führte u. a. aus: „Wenn noch jemand an der Festigkeit der deutschen Währung gezweifelt hat, dann müßte ihn die gegenwärtige Krise, in der die Wirtschaft Not leidet und Politisches in Gärung ist,

die Reichsmark aber festhält, eines Besseren belehren haben. Viele von den nach Zahl und Kapitalbedeutung überhöhten Kapitalflüchtlings in den kritischen Wochen nach der Reichstagswahl haben inzwischen festgestellt, wie schlecht sie spekuliert hatten. Die sieben Jahre alte Reichsmark hat die sieben wahrlich nicht fetten Jahre durchgehalten und sie wird noch viele Male sieben Jahre durchhalten. Es besteht die große Gefahr, daß heute so manche Politiker, gleich welcher Partei, keine genügende Vorstellung von der Abhängigkeit haben, in der sich Deutschland wegen der kurzfristigen Auslandsverschuldung befindet. Deswegen, und weil es noch nicht möglich ist,

vom Ertrage der eigenen Scholle zu leben, sind wir auf die Entwicklung eines großen Außenhandels und dadurch wiederum auf das wirtschaftliche Vertrauen des Auslandes angewiesen. Es hat seinen Zweck und bringt nicht vorwärts, den Kopf hängen zu lassen. Man muß versuchen, die wirksam stärkeren Kräfte lebendig zu machen und nach jeder Aufstiegsmöglichkeit zu spähen. Ein im Innern starkes Deutschland hat auch jetzt noch Erfolgsaussichten im außenpolitischen Ringen.

Geschlossener nationaler Wille — die Rentenmark hat es gezeigt — erzwingt im Auslande Verständnis für deutsche Lebensfragen. Gelänge obenbrein die ungeheure Kräfteaufsammlung zu wirklich einer Regierungsgewalt im Reiche, gelänge die Reichsreform, so würde durch die Einsetzung dieser verstärkten Kraft des Reiches Deutschlands Lage sehr erleichtert werden, besonders auch zugunsten des deutschen Ostens. In den Stürmen der Weltwirtschaftskrise braucht Deutschland nicht nur Not und Niedergang zu sehen. Es kann in ihnen auch, wenn es segeln kann, das rettende Ufer erreichen.

Der Young-Plan wird nur durchführbar sein, wenn Deutschland langfristiges Auslandskapital zu billigen Zinsen erhält. Er erscheint unvorstellbar, daß die Tatsache der internationalen Goldaufwertung nicht Rückwirkungen auf die Höhe der Reparationen haben sollte. Die in der Goldaufwertung sich spiegelnde

neue Preisformung eröffnet dem Tüchtigen neue Möglichkeiten neuer Betätigung. Je fester und entschlossener das deutsche Volk danach trachtet, durch Senkung der Produktionskosten und der Preise möglichst vor den anderen die neuen Ufer zu erreichen, desto besser werden seine wirtschaftlichen Zukunftsaussichten sein. Je deutlicher wir

die deutsche Unterschrift unter den Young-Plan als uns bindend anerkennen, desto wirkungsvoller können

Ofen 75.— RM., 3. ein Wohnzimmer-Ofen 110.— RM. 4. ein Ofen für mehrere Zimmer 150.— RM. sämtlich fertig gearbeitet. Schuldeputation und auch die Vertretung schloß sich den vorgenannten Richtpreisen an.

9. Schiedsmannswahl. Die Amtszeit des Schiedsmannstellvertreters Otto Winkhaus in Carthausen ist abgelaufen. Es erfolgte Wiederwahl für die Amtszeit von 3 Jahren.

10. Weihnachtshilfe. Der Vorsitzende teilt hierzu mit, Der Gemeindevorstand habe diese Maßnahme bereits erwogen. Im Vorjahre seien für diesen Zweck bei 140 Erwerbslosen 600 RM. bereitgestellt und nach Angabe des Fürsorgebeirats verteilt. In diesem Jahre habe die Erwerbslosenzahl bereits 500 überschritten, er schlage daher vor in diesem Jahr 2200 RM. zu bewilligen und die Verteilung im vorjährigen Rahmen vorzunehmen. Mittel für diesen Zweck seien nicht vorhanden. Vert. Bremicker will sich an keine feste Summe binden und bittet dem Gemeindevorstand freien Spielraum zu belassen. Bürgermeister Batermann bittet es bei dem genannten Betrag zu belassen, man hoffe damit auszukommen. Infolge der schlechten Finanzlage der Gemeinde könne nicht weitergegangen werden. Im Vorjahre sei den Einzelnen je nach Bedürftigkeit 5, 10 und 20 RM. zuerkannt worden. Vert. Morlinghaus und Haase nahmen das Wort für eine Freigrenze des Betrages. Während Vert. Gierseper es bei dem Betrage von 2200 RM. belenden lassen will. Den Ausführungen des Vert. Haase tritt er entschieden entgegen. Wenn der Fabrikant keine Aufträge habe, könne er keine Arbeiter beschäftigen. Die Mehrzahl lebe heute von der Substanz. Nach kurzem Hin und Her wird der Vorschlag des Gemeindevorstandes mit Mehrheit angenommen. Die Verteilung wurde dem Fürsorgebeirat überlassen. Vorsteher Fernholz appelliert an die Erwerbslosen, das erhaltene Geld nach Möglichkeit der hiesigen Geschäftswelt zu kommen zu lassen, denn es seien dies Gelder die durch die Steuerzahler der Gemeinde aufgebracht würden. Andererseits würde die Steuerkraft der Gemeinde dadurch wiederum gestärkt. Schluß der Sitzung 18.40 Uhr. Anschließend fand eine vertrauliche Sitzung statt.

Die unterbrochene Hochzeitsfeier.

Aufregende Szene vor einer Berliner Kirche. In einer Kirche in Berlin hatte eine Trauung stattgefunden. Als die Hochzeitsgesellschaft die Kirche verließ, warf sich vor dem Kirchenportal eine alte Frau dem Brautvater in den Weg und schrie: „Ich will meinen Sohn wiederhaben! Sie haben ihn ins Zuchthaus gebracht! Geben Sie der Wahrheit die Ehre!“ Der Vorfall erregte natürlich großes Aufsehen und bei den Hochzeitsgästen große Erregung, aber niemand wagte, die alte Frau mit Gewalt zu entfernen.

Die alte Frau ist die Mutter eines ehemaligen Lagerverwalters, der im Dezember 1925 auf eine in der Voruntersuchung gemachte Aussage des jetzigen Brautvaters hin und auf Grund von Indizienbeweisen wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Der Verurteilte war in einem großen Berliner Industriewerk angestellt. Eines Tages wurde er beschuldigt, einem französischen Nachrichtendienst, der zur interalliierten Militärkontrollkommission gehörte, verraten zu haben, daß bei den Industrieverken ein Lager verbotener Herzwaffen versteckt sei. Auf diesen Verrat hin soll dann die französische Regierung die Räumung der Kölner Rheinlandzone, die nach den Verträgen schon am 10. Januar 1925 fällig war, um ein

Wirt von den Vertragsgegnern fordern, was ihnen vertragsgemäß obliegt.

Man sollte darauf rechnen können, daß infolge wachsender Einsicht in die weltwirtschaftlichen Gefahren der jetzigen Reparationsregelung das, was nicht bestehenbleiben kann, geändert wird.“

Gegen Abrundung nach oben.

Ein Erlaß des Handelsministers an die Regierungspräsidenten für den Preisabbau.

Der preussische Handelsminister hat die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin in einem Erlaß ersucht, die von der Reichs- und Staatsregierung angestrebte Senkung des überhöhten Preisniveaus für ihren Bezirk zur Durchführung zu bringen. Es soll dafür Sorge getragen werden, daß jede Preisentwertung durch alle Wirtschaftsklassen bis zu den Konsumenten ausreichend zur Auswirkung gelangt. Insbesondere darf nicht infolge der völlig unberechtigten Abneigung gegen eine Pfennigrechnung eine Abrundung des Preises nach oben erfolgen. Für die Durchführung dieser Aufgabe ist die Mitarbeit aller in Betracht kommenden Stellen zu sichern.

Reichskanzler Brüning an alle Volksteile.

Opferwilligkeit tut not — auch wenn keine Reparationen zu zahlen wären.

Reichskanzler Dr. Brüning sprach im Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie anschließend an die Ausführungen des Reichsbankepräsidenten Dr. Luther und an das Referat des Geheimrats Kapfl. Die Reichsregierung habe sich, sagte Dr. Brüning, bei der Aufstellung des Reformprogramms der Regierung von dem Wunsche leiten lassen, die Ordnung der deutschen Finanzen und die Wiederherstellung gesunder Grundlagen für die deutsche Wirtschaft mit dem Ziel herbeizuführen, den Kredit Deutschlands und seine Weltgeltung zu erhöhen und die politische und wirtschaftliche Freiheit des deutschen Volkes zu erreichen.

Es sei vor allem erforderlich, in das Bewußtsein aller Kreise des deutschen Volkes die Erkenntnis einzuhämmern, daß es nicht nur darauf ankomme, mit dem Reformprogramm die Grundlagen für eine vernünftige Gestaltung unserer Reparationsverpflichtungen zu schaffen, sondern daß es sich um Maßnahmen handle, die auch notwendig seien, wenn Deutschland keine Reparationen zu zahlen hätte. Die Gesamtheit des deutschen Volkes müsse sich der Größe der Aufgabe bewußt werden und begreifen, daß die Not der Zeit eine Zusammenarbeit und Opferwilligkeit aller Volksteile verlange. Die Regierung aber dürfe bei der Durchführung ihrer Maßnahmen auch eine monatelange Unpopularität nicht scheuen. Mit ihr zusammen müßten alle für das Wohl des Vaterlandes wirken und den Mut zur Klarheit und Verantwortung aufbringen.

ganzes Jahr hinausgezögert haben.

Der Angefallte wurde, obwohl er seine Unschuld beteuerte, verhaftet und dann zu der schweren Strafe verurteilt. Er erklärte u. a., daß er den französischen Nachrichtenoffizier, an den er das Waffenlager verraten haben soll, nie gesehen habe, und daß er ihn gar nicht kenne. Der Offizier selbst hat das später in Frankreich bestätigt. Trotzdem hat die Verteidigung die Wiederaufnahme des Prozesses bisher nicht durchsetzen können. Viele meinen nun, daß infolge der aufregenden Szene, die sich nach der Hochzeitsfeier vor der Kirche abspielte, die die Aussichten auf die Wiederaufnahme sich gebessert haben könnten.

Hochwasserbericht vom Rhein bis zur Weichsel.

Rückgang im Westen — im Osten steigt die Weichsel.

Der Wasserstand des Rheins in Koblenz ist seit seinem Höchststand um über einen Meter gesunken. Die meisten Straßen in Koblenz sind wieder hochwasserfrei. Die Verkehrsschwierigkeiten sind damit gleichfalls zum größten Teile behoben. Die Straßenbahn kann wieder unbehindert verkehren. Ebenso ist eine Anzahl von Straßen im mittelhessischen Gebiet und an der Mosel für den Verkehr wieder freigegeben worden. Auch der Schiffsverkehr ist im beschränkten Umfang wieder zugelassen. In Köln ist gleichfalls eine Reihe von Straßenzügen vom Wasser befreit.

Meldungen aus Thorn zufolge ist die Weichsel in der dortigen Gegend über das Ufer getreten und hat weite Strecken zu beiden Seiten der Ufer und Dörfer und kleinere Städte unter Wasser gesetzt. Desgleichen wird auch vom Ueberflutungen der kleineren Nebenflüsse der Weichsel in Pommern und an der nordwestlichen Gegend der Lodzer Grafschaft gemeldet.

Raubüberfall auf einen Kassenboten in Hannover.

8000 RM. erbeutet. — Der Täter in Haft.

Als mittags ein junger Kassenbote der Firma Grastorf G. m. b. H., Unternehmung für Beton- und Eisenbetonbau in Hannover, mit einer Aktentasche, die den Betrag von 8000 RM. enthielt, zum Geschäft zurückkehrte, wurde er von einem Unbekannten überfallen. Der Angreifer warf ihm Pfeffer in Gesicht und Augen, um ihn zu blenden, und schlug ihn dann mit einer Eisenkette über den Kopf, so daß er zusammenbrach. Durch die Hilferufe des Kassenboten wurden Passanten auf den Vorfall aufmerksam, verfolgten den flüchtenden Verbrecher, stellten ihn, nahmen ihm die geraubte Aktentasche ab und übergaben ihn der Polizei, die ihn verhaftete. Der Angreifer, ein junger Mann namens Max Knappstedt, ist ein früherer Angestellter der Firma Grastorf, der mit deren Geschäftsgeheimnissen bekannt war und dem Boten aufgelaufen hat.

Welt und Wissen

w. Professor Eduard Sievers 80 Jahre alt. Am 25. November vollendete der hervorragende deutsche Germanist Professor Dr. Eduard Sievers das 80. Lebensjahr. Sievers, der zuletzt in Leipzig lehrte, war hauptsächlich auf dem Gebiete der deutschen Grammatik und Metrik und als Herausgeber altdautischer Texte (Hildebrandslied, Merseburger Zaubersprüche, Seltand usw.) tätig.

Belzwaren in jeder modernen Form, Farbe und Zellart, in anerkannt guten Qualitäten stets preiswert beim **Rüschnermeister Oskar Becker Lüdenscheid**

Total Ausverkauf

unserer gesamten Warenvorräte
wegen vollständiger Neu- und
Umbauten unserer Geschäftshäuser.

Beginn: Montag, den 1. Dezember, vormittags 9 Uhr.

Um schnell und restlos zu räumen, sind alle
Preise gewaltig herabgesetzt, teils bis zu

50%

Wenn Sie bedenken, daß unsere Preise stets billig
waren, anerkannt billig von der gesamten Be-
völkerung, dann werden Sie einsehen, zu welch
unerhört niedrigen Preisen Sie jetzt gute
und erstklassige Kleidung kaufen können.

Allen
Kaufmännern
nur bei

Ottmann

BARMEN

Der führende Handel für engstechnische Fertigwaren

F. Bovet, Lüdenscheid,

Schirmfabrik — Wilhelmstr. 24.

Besonders günstiges

Weihnachts = Angebot

Herren-Schirme von 2.90 an, mod. Damenschirme in schw. u. farb., 12 u. 16teil.
in Makko, Halbseide, Dreiviertelseide, Kunstseide u. Reinside v. 3.75 M. an.

Eigene Anfertigung von Schirmen für Damen, Herren und Kinder, Spazierstöcke in großer Auswahl v. 0.50 M. an.

Auf Wunsch Extra-Anfertigung in 2 Stunden.

Steuerkarten 1931.

Die Steuerkarten für das Jahr 1931 können
für die Gemeinde Halver vom 1. bis 31. Dez. ds.
Jhrs im Amtshaus, Zimmer Nr. 7 und für die
Gemeinde Schalksmühle vom 10. bis 31. Dezem-
ber ds. Jhrs in der Verwaltungsgeschäftsstelle
Schalksmühle abgeholt oder schriftlich angefordert
werden. Bei Anfordern der Steuerkarten ist die
Angabe des Wohnortes und des Geburtsdatums
der Inhaber unbedingt erforderlich. Den Lohn-
und Gehaltsempfängern wird dringend empfohlen,
die Steuerkarte auf ihre Richtigkeit und Vollstän-
digkeit hin nachzuprüfen und gegebenenfalls eine
Berichtigung sofort zu beantragen.

Halver, den 27. November 1930.

Der Bürgermeister.

Aufhebung einer Wegesperrung.

Die Strafe von Bergfeld nach Aufschlag
wird vom 1. Dezember ds. Jrs ab für den ge-
samten Durchgangsverkehr wieder freigegeben.

Halver, den 27. November 1930.

Die Polizei-Verwaltung.

Die Polizeiverordnung, das Ortsgesetz und die
Gebührenordnung vom 6. 10. 1930 über die Be-
nutzung der Gemeinde Hülscheid hängen vom Tage
dieser Bekanntmachung ab zwei Wochen lang im
Gitterkasten des Amtshauses zu Lüdenscheid und
der Verwaltungszweigstelle in Klagebach zu jeder-
manns Einsicht aus.

Lüdenscheid, den 25. November 1930.

Der Bürgermeister des Amtes.

Wo kauft die Hausfrau am billigsten ?

la. Blut- und Leberwurst à Pfd. 50 Pfg.
Beste Leberwurst . . . à Pfd. 80 Pfg.
Beste Blutwurst . . . à Pfd. 90 Pfg.
la. ger. Mettwurst
(reines Schweinefleisch) à Pfd. 140 Pfg.
Reines Nierenfett in Pack. à Pfd. 40 Pfg.
Frischen mageren Speck à Pfd. 90 Pfg.
in der Metzgerei

Hans Brüner, Kierspe-Bahnhof

— Ruf 215 Meinerzhagen. —

Raus

mit
dem gesamten
Warenlager —
im Räumungs-

Ausverkauf

wegen Geschäftsabgabe
ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis!

Noch ist die Auswahl in
allen Kleidungsstücken
enorm gross.

Ulster Paletots Anzüge

Früher bis 48.- jetzt 18.-

Früher bis 68.- jetzt 36.-

Früher bis 88.- jetzt 48.-

Früher bis 138.- jetzt 68.-

Merkur

Mittelstr. 19
Hagen i.W.

Empfehle mich in
Lieferung und
Anpflanzung
sämtlicher

Nadel- und Laub- holzpflanzen

zu billigsten Preisen.

Ernst Ruch jr.
Forstkulturgeschäft
Elbringhausen b. Kierspe.
Tel. Nr. 667 Amt Meinerzhagen

Revolution Preisabbau!

Groß-Blumenkohl	Pfd. 40 ♂	Wallnüsse	Pfd. 50
Rosenkohl	Pfd. 20 ♂	Haselnüsse	Pfd. 65
Grünkohl	Pfd. 7 ♂	Feigen-Kranz	20
Wirsing	Pfd. 5 ♂	Tafeläpfel	Pfd. 35
Rotkohl	Pfd. 5 ♂	Datteln Karton	50
Möhren 3	Pfd. 10 ♂	Citronen 3 Stck	20
Karotten 3	Pfd. 10 ♂	Apfelsinen 10 St.	50
Spinat	Pfd. 10 ♂	Feinste Holländer	
Endivien-Salat	5 ♂	Süßrahmbutter	
Ries Kopfsalat	25 ♂	Qualit. extra	Pfd. 1
Feldsalat	Pfd. 20 ♂	Dicke holl. Eier	10 Stck-1
Sellerie-Knollen	5 ♂		
Dicke Sell. „	10 ♂		
Porree 10 Stangen	10 ♂		
ein Pack	10 ♂		
Porree extra dick			
10 Stg. ein Pack	20 ♂		
Zwiebeln 10 Pfd.	50 ♂		

Otto Weber

Halver, Frankfurterstraße.
Radevormwald, Markt 1 und Kaiserstr. 5
und Lennep, Barmerstr. 6.
Telefon 169 Amt Radevormwald.

tet. Sie haben dafür zu sorgen, daß sie rechtzeitig im Be-
sitz der neuen Karten sind und daß sie vor allen Dingen
diese Karten rechtzeitig ihrem Arbeitgeber vorlegen. Doch
hat auch der Arbeitgeber ein ganz bestimmtes Interesse
daran, die Steuerkarten zu bekommen. Verzichtet er dar-
auf oder veräußert er, von seinem Arbeitnehmer die Vor-
lage der Karte zu verlangen, so ist er nach den Vorschriften
über den Lohnabzug für die Einkommensteuer vom Ar-
beitslohn verpflichtet, nicht nur den nach dem Familien-
stand des betreffenden Arbeiters zu erhebenden Steuer-
betrag abzuhalten, sondern er muß volle 10% des Brutto-
lohnes ohne irgendwelche Kürzung einziehen. Soweit die
gesetzlichen Vorschriften. In der Praxis ist es nun so, daß
bei Nichtabholung oder nicht rechtzeitiger Abholung der
Steuerkarten der Arbeitgeber in Rücksicht auf seine per-
sönliche Information über den Familienstand seiner Ar-
beiter den Steuerbetrag einbehält, der nach der gesetzlichen
Bestimmung unter Berücksichtigung des steuerfreien Zei-
tes (Chefrau und Kinder) einzubehalten ist. Nach Ablauf
gewisser Zeit erscheint das Finanzamt, prüft nach und stellt
fest, daß der Steuerabzug an und für sich richtig ist, daß
aber die Steuerkarten fehlen und daher der Steuerabzug
doch nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht, weil für
den Fall der Nichtvorlage der Steuerkarten 10% des Brutto-
arbeitslohnes ohne irgendwelchen Abzug einzubehalten
waren. Hier taucht die Frage auf: „Wer haftet für den
Differenzbetrag?“ Der Arbeitnehmer wird sich sträuben, den
angeforderten Steuerbetrag zu bezahlen, da ihm Steuer-
sätze entsprechend seinem Familienstande einbehalten
werden. Der Arbeitgeber wird sagen, die Pflichtverletzung
ist daher gekommen, daß mir von meinem Arbeitnehmer die
Steuerkarten nicht vorgelegt wurden. Doch hilft diese
Ausrede dem Arbeitgeber nicht, da nach den gesetzlichen
Vorschriften er allein dafür haftet, daß der Steuerabzug
so durchgeführt wird, wie es die Vorschriften verlangen,
d. h., daß für den Fall der Nichtvorlage der Steuerkarten
10% des Bruttoarbeitslohnes einzubehalten sind. In jedem
Falle wird er den Differenzbetrag zwischen dem einbehal-
tenen und dem einzubehaltenden Steuerbetrag ohne wei-
teres zahlen müssen. Die Bedeutung der Steuerkarte dürfte
durch die vorstehenden Ausführungen in ein etwas anderes
Licht gesetzt sein, wie man im allgemeinen annimmt. Es
kann daher sowohl dem Arbeitnehmer als auch dem Ar-
beitgeber nur dringend geraten werden, dafür zu sorgen,
daß die Steuerkarten am 1. Januar 1931 für das Jahr
1931 für sämtliche Arbeitnehmer des Betriebes vorliegen.

— Herr Otto Theimann hat in seinem Hause
Kölnstr. 37 eine Gastwirtschaft eingerichtet. Die Räume
sind zweckentsprechend und modern hergerichtet und be-
stehen aus einem großen Zimmer und einem separaten Ge-
sellschaftszimmer. (Siehe Inserat.)

— Wir verweisen an dieser Stelle nochmals auf den
morgen nachmittags 5 Uhr im Hotel zur Post (nicht im
Hotel zur Fuhr) stattfindenden **Aufklärungsvortrag über
die Angestellten-Versicherung**. Das Referat hierzu hat
Herr Verwaltungsinspektor Schmidt, Hagen, der Ueber-
wachungsbeamte der Reichsversicherungsanstalt für Ange-
stellte des hiesigen Bezirks, übernommen. Alles weitere
ist an dieser Stelle und durch Annonce bereits genügend be-
kannt gegeben.

Schalksmühle

— Im Apollo-Theater gelangt am kommenden Sams-
tag und Sonntag wieder ein hervorragendes Programm
zur Aufführung. Gilt es doch dieses Mal die begehrte
Größe: Henry Porten in ihrem Spizenfilm: „Zukunft“ zu
betrachten. Ihre bekannte Hingabe kommt gerade in
diesem Streifen voll und ganz zur Geltung und wird jeder
Porten-Schwärmer das Bedürfnis haben, sich diesen Film
anzusehen. Dazu läuft ein Wildwest-Abenteuer mit Fort
Gibson betitelt „Der Sheriff von Arizona“ oder die Ver-
brecherjagd auf der Sunset-Farm. Stürmisch und auf-
regend ist die Handlung, berauschend die Fülle der sensa-
tionellen Abenteuer. Dazu das bekannte Beiprogramm.
(Siehe heutige Anzeige.)

Kierspe-Bhf.

— Das für Sonntag, den 30. d. M. vorgesehene
Konzert des Theatervereins Germania Schnörrenbach muß

ausfallen, da im letzten Augenblick der M.-G.-B. „Unter
den Linden“ Meinerzhagen seine Mitwirkung abgelehnt
hat. Da eine Feier ohne Mitwirkung eines Männergesang-
vereins nicht vorgemerkt ist, verschiebt der veranstaltende
Verein seine Vortragsfolge auf Silvester.

Balbert. Die diesjährige Personenstandsaufnahme er-
gab folgende Zahlen: Gesamtbevölkerung 2591 gegen
2585 im Vorjahre, davon 1413 männlich, 1178 weiblich,
2148 evangelisch, 405 katholisch, 38 diffidentisch.

Meinerzhagen. Die Personenstandsaufnahme hatte fol-
gendes Ergebnis: Amt Meinerzhagen 6414 Personen gegen
6369 im Vorjahre, davon Gemeinde Meinerzhagen 3823
gegen 3784 im Vorjahre, Stadt 2087, Land 1736 Per-
sonen, männlich 1897, weiblich 1926, evangelisch 3307,
katholisch 413, jüdisch 43, diffidentisch 57, ohne Religion 3.

Meischede. Meischede erhält Ferngasverfor-
gung. Das von den Vereinigten Elektrizitätswerken West-
falens A.-G., Gasabteilung Dortmund, in der Stadt Me-
ischede verlegte ca. 9 km Länge umfassende Rohrnetz wurde
nach fünfmonatiger Bauzeit in Betrieb genommen. Die
Versorgung der Stadt mit Ferngas erfolgt auf Grund eines
mit vorgenannter Gesellschaft abgeschlossenen Gaslieferungs-
vertrages, der eine Laufzeit von 50 Jahren hat.

Meischede. Neues Naturschutzgebiet im Sauer-
land. Die Stadtverordneten haben sich bereit erklärt,
der Provinz Westfalen im Schweinsbruch ein etwa 6 Hektar
großes, dicht bewachsenes Sumpfgelände, auf vorläufig
30 Jahre gegen 50 RM. jährliche Pacht für ein Naturschutz-
gebiet zu überlassen.

Essen. Leichtsinn einer Mutter. Heute gegen
18 Uhr stand die Ehefrau K. am offenen Fenster in ihrer
im zweiten Stockwerk im Stadtteil Kettwig gelegenen Woh-
nung. Sie hatte ihr vier Monate altes Kind auf dem Arm.
Als eine ihr bekannte Frau auf der Straße vor ihrer Woh-
nung vorbeiging, knüpfte sie mit dieser ein Gespräch an.
Hierbei rutschte ihr das Kind, indem es aus den Armen
fiel, auf die Straße. An den erlittenen schweren Verletzungen
ist das Kind nach der Einlieferung ins Krankenhaus ge-
storben. Die Untersuchung über den Vorfall wurde sofort
eingeleitet.

Gegen Rote der Hände

und des Gesichtes sowie unschöne Hautfarbe verwendet man
am besten die schneeweiße, fettfreie **Creme Leodor**,
welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße ver-
leiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer
Vorreiz liegt auch darin, daß diese matte Creme wunderbar
kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und gleich-
zeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige
Duft dieser Creme gleicht einem tauschig gepflückten Frühlings-
strauch von Weissdorn, Weigeldorn und Flieder, ohne jenen
berückelnden Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut.
Preis der Tube 60 Pf. und 1 Mt. Wirkam unterstützt durch
Leodor-Edel-Seife, 50 Pf. das Stück. In allen Chlorodont-
Verkaufsstellen zu haben.

Der „Napoleon von Burg“.

Ein Kriminalkommissar unter der Anklage des Meineides.
Vor dem Magdeburger Schwurgericht begann
der Meineidsprozeß gegen den Kriminalkommissar Otto
Ziegler aus Burg, der wegen seines herrischen Auf-
tretens der „Napoleon von Burg“ genannt wurde. Ein
Häufmattler Schmiel aus Burg hatte Ziegler des
Meineides bezichtigt, worauf Ziegler gegen Schmiel einen
Beleidigungsprozeß anstregte. In diesem Prozeß nun
kam das Gericht zu der Auffassung, daß

Ziegler mehrere Meineide geschworen
hat. Es wurde darauf gegen ihn Haftbefehl erlassen.
Bei der Verhaftung kam es zu stürmischen Szenen, da
Ziegler sich gegen die Polizisten, die ihn wegführten, wie
ein Wahnsinniger wehrte. In dem jetzigen Prozeß
handelt es sich um Zieglers Meineide, die bereits sechs
Jahre zurückliegen. Es wurde in der Verhandlung u. a.
festgestellt, daß Ziegler frühere Untergebene gegen ihren
Vorgesetzten zahllose Anzeigen erstattet haben. Alles, was
nur irgendwie strafbar ist, wurde ihm vorgeworfen: Ver-
trag, Unterschlagung, Steuerhinterziehung, Bestechung,
Freiheitsberaubung, Meineid und vieles andere noch.

Die Friedensnobelpreisträger.

Erzbischof Söderblom und Kellogg.
Das Nobel-Komitee des Norwegischen Stortings hat
soeben die Entscheidung über die Friedens-Nobelpreise ge-
troffen. Den Friedenspreis für 1930 erhält der schwedische
Erzbischof Nathan Söderblom; der Friedenspreis
vom Jahre 1929 wurde dem früheren amerikanischen
Außenminister Kellogg zuerkannt.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 27. November.

Vorstandsitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichs-
tagsfraktion hielt eine Sitzung ab und nahm einen Bericht der
Fraktionsführer über die mit der Reichsregierung geführten
Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung vom
Juli und des Finanzprogramms entgegen. Die Aussprache
des Fraktionsvorstandes ergab völlige Übereinstimmung, daß
die in den Verhandlungen mit der Regierung gewünschten Ab-
änderungen der Notverordnung bezüglich der Bestimmungen
für die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung und
die Kopfsteuer unbedingt notwendig seien. Die Haltung der
Unterhändler wurde gebilligt. Die nächste Sitzung dürfte am
3. Dezember stattfinden.

Der zweite Franken-Prozeß wiederum verlagert.

Braunschweig. Das Landgericht verlagerte die Verhandlung
über die einstweilige Verfügung, die Minister Dr. Franken-
wegen Unterlassung ehrenrühriger und beleidigender Behaup-
tungen gegen die Verlagsgesellschaft Rietz und Co. erwirkt hatte,
und die bereits einmal verlagert worden war, erneut auf den
11. Dezember.

Raubüberfall auf einen Kassenboten.

Hannover. Als ein junger Kassenbote mit einer Alten-
tasche, die den Betrag von 8000 Mark enthielt, nach dem Ge-
schäft zurückkehrte und in dem Hausflur sein Rad anschließen
wollte, warf ihm ein Unbekannter Pfeister ins Gesicht,
um ihn zu blenden, und schlug ihm dann mit einer Eisenstange
über den Kopf, so daß er zusammenbrach. Durch die Hilferufe
des Kassenboten wurden Vorübergehende aufmerksam, ver-
folgten den Verbrecher, nahmen ihn die gelaufene Altentasche
ab und übergaben ihn der Polizei, die ihn verhaftete. Es
handelt sich um einen früheren Angestellten der Firma, der mit
den Geschäftsgepflogenheiten bekannt war und dem Boten auf-
gelauret hat.

„Do X“ in Lissabon.

London. Nach einer hier eingetroffenen Meldung ist der
„Do X“ von La Coruna kommend in Lissabon eingetroffen.

Lohnkürzung in der Metallindustrie.

Berlin. In Wuppertal (Barmen-Elberfeld) ist in
der Metallindustrie eine Vereinbarung zwischen dem
Arbeitgeberverband und den Metallarbeitergewerkschaften
zustande gekommen, nach der die Lohnsätze um 6 Prozent
senkt werden. Die Vereinbarung kann frühestens zum
30. Juni 1931 gekündigt werden.

Metallarbeiterstreik in Stettin.

Stettin. Nachdem die Lohnverhandlungen ohne Ergeb-
nis geblieben sind, beschloß die Arbeiterschaft, am Freitag
in den Streik zu treten.

Wetterausichten.

30. Nov.: Volkig, vielorts Niederschlag milde, sehr win-
1. Dez.: Veränderlich, gelinde, windig, meist trocken. [big
2. Dez.: Wolken, vielfach trübe, tags milde, Niederschlag
[ge.
3. Dez.: Wolken, milde, rauhe Luft, nachts kalt Nieder-
[schlag, Wind.
4. Dez.: Wolken, teils Aufklärung, ziemlich kalt, Nieder-
[schläge sehr windig.
5. Dez.: Wolken, Niederschläge, vielfach milde, teils
[naßkalt, Wind.
6. Dez.: Veränderlich, fast normal temperiert, Wind.

Schriftleitung: Wlf. Bell Jr., Halber t. Westf.

Zwangsversteigerung

Am Samstag, den 20.
November, nachmittags
3.30 Uhr versteigere ich
in Kierspe beim Wirt
Plate

1 Wanduhr

öffentlich meistbietend ge-
gen bar.

Meinerzhagen, d. 27. Nov. 30

Behage,

Obergerichtsvollzieher,

Kaufe

jeden Posten

Weihnachtsbäume

von Besitzern.

Angebote an die Ge-
sellsch. des Allg. Anz.

Kierspe.

Fernspr. 514, Amt Meinerzh.

Strickwolle,

Sportwolle

in allen Farben,

Strümpfe,

Schirme, Stöcke,

Mützen,

zu den billigsten Preisen

Alb. Vollmann,

Kierspe.

Fernspr. 514, Amt Meinerzh.

Verkaufe laufend

Buchen-Brennholz

auf Osenlänge geschnitten

Geseenberg,

Buchholz,

Telefon 233 Halver.

Statt Karten.

Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen

Fritz Gräfe u. Frau

Berla geb. Goseberg

Kierspe-Bhf., den 28. Nov. 1930.

Märkischer Hof, Halver

Inh. Otto Theimann, Cölnerstr. 37

Eröffnung

am Samstag, dem 29. Nov. 1930

Gepflegte Biere und Weine

Spezialität: Kalte Küche.

Evangel. und kath. Kirchensteuer.

Die Erhebung der 3. Rate der Kirchensteuer
für Lohn- und Gehaltsempfänger beider Kon-
fessionen findet am 1. und 2. Dezember,
vormittags von 9—12 Uhr im Sitzungssaal
des Konfirmandenhauses (oben) statt. Be-
träge sind in abgezähltem Gelde zu entrichten.

Finanzamt Lüdenscheid.

WERBE- PREIS- Aufgabe

Unser letztes Werbeausschreiben hat durch no-
tarielle Verlosung der ausgesetzten Preise im
Werte von RM. 6500,00 seinen Abschluss gefun-
den. Die zahlreiche Beteiligung war uns ein
Beweis für das große Interesse seitens des
Publikums und haben wir uns daher wegen des
enormen Erfolges nochmals zu einem grossen
Reklame-Wettbewerb entschlossen.

Die Beteiligung ist für jedermann kostenlos und unverbindlich, darum
erwarten wir auch Ihre Einsendung für die richtige Lösung u. Preisfrage:



Welchem
historisch. Drama
entstammt
diese Szene?

sind 100

Bar- und Wertpreise
im Gesamtwerte von

Reichsmark

7500.-

ausgesetzt und zwar als:

- | | |
|--|---------------------------|
| 1. Preis: 2000 Mark in bar | 3. Preis: 600 Mark in bar |
| 2. Preis: 1000 Mark in bar | 4. Preis: 400 Mark in bar |
| 5. Preis: 1 Siemens 4 Röhre Radio-Apparat kompl. Wert 300 M. | |
| 6-7. Preis: 2 3-Röhre Radiogeräte, kompl. Wert je 200 M. | |
| 8-12. Preis: 5 Schrank-Apparate echt Eiche, Wert je 125 M. | |
| 13-22. Preis: 10 Musik-Apparate mit Haube Wert je 75 M. | |
| 23-2. Preis: 10 Musik-Instrumente nach Wahl Wert je 50 M. | |
| 33-60. Preis 15 Dam. u. Herr. Armband-Uhren Wert je 25 M. | |
| 61-100. Preis EinSort. Elektro-Schallplatten Wert je 10 M. | |

Die Verlosung obiger Preise erfolgt durch einen Rechtsanwalt und Notar
in Wolfenbüttel. Die Versandkosten für Zusendung der Preise sind vom Ge-
winner zu tragen. Den Zuschritten ist ausser der genauen Adresse u. Lös. keine
Text beizufügen. Die Einsendungen haben in verschlossenem Brief mit
keiner Fremdsprache versehen innerhalb 8 Tage nach Erscheinen dieses Inserats
zu erfolgen und ist auf dem Briefumschlag oben links des Kennwort „Preis-
aufgabe“ zu vermerken.

Fr. Otto Krieger, Wolfenbüttel

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag, den 30. Nov.

1930 (1. Advent) vorm. 10 Uhr Gottesdienst

Pastor Stommel. 11 Uhr Taufen, Kindergottesdienst,

Dienstag abd. 8 Uhr Kirchenchor. Donnerstag abd.

8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst.

Freitag abd. 8.30 Uhr Kirchlicher Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Sonntag, 4.30 Uhr

Bibelstunde. 8.15 Uhr Jungfrauenverein Advents-

feier P. Stommel. 8.30 Uhr Jünglingsverein

fällt aus. Montag 8 Uhr Jünglingsverein Tur-

nen. 8.30 Uhr Jungfrauenverein Bibelbespre-

chung P. Stommel. Dienstag 8.30 Uhr Posa-

nenchor Mittwoch, 4 Uhr Missionshandlungs-

stunde 8 Uhr Jungfrauenverein Gruppenabend

auf Völbach. Abmarsch 8 Uhr vom Vereinshaus.

8.30 Jünglingsverein Bibelbesprechung. Freitag

8.30 Uhr Männerchor. Samstag 5.30 Uhr Jung-

schär-Adventsfeier. 8.30 Uhr Gebetsstunde.

Blaukreuzverein Halver. Sonntag, den 30. Nov.

nachm. 3 Uhr Bibelstunde Donnerstag, den 4. Dez.

abds. 8.30 Uhr Bibelbesprechung.

Freie evgl. Gemeinde Halver. Berlinerstr. 27a.

Sonntag morgen 9.45 Uhr Erbauungsstunde, 11

Uhr Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr Bibelstunde.

Dienstag abd. 8.30 Uhr Missionar Pfeifer Neu-

kirchen. Donnerstag abds. 8.30 Uhr Gebetsstun-

de. Samstag abd. 8.30 Uhr Männerchor.

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag den 30.

Nov. 8 Uhr Frühmesse 10.15 Uhr Hochamt 2.30

Uhr Andacht.

Evgl. Kirchengemeinde Brügge. Sonntag 10

Uhr Gottesdienst. 11.15 Uhr Kindergottesdienst

2.30 Uhr Gottesdienst in der Schule zu Spielwiese.

Montag 3.6 Uhr Steuerhebetermin im Konfir-

mandenjaale. 3.30 Uhr Vorstandssitzung der

Frauenhilfe. Mittwoch 8 Uhr Bibelstunde im

Konfirmandensaale. 8 Uhr Posaunenchor. 9 Uhr

Kirchenchor.

Ev. Kirchengemeinde Schalksmühle. Sonntag

10 Uhr Gottesdienst. 11.15 Uhr Kindergottesdienst

5.30 Uhr Blaukreuzverein 8 Uhr Gemeindefest-

stunde Montag 8 Uhr Männerchor. Dienstag

8.30 Uhr Jungmädchenverein. Mittwoch 8.30

Uhr Bibelstunde. Freitag 8 Uhr Bibelbesprechung

9 Uhr Posaunenchor. Sonnabend 8.30 Uhr ge-

mischter Chor.

Fr. evgl. Gemeinde Kierspe-Bahnshof: Sonntag

9.30 Uhr Gemeinde Erbauungsstunde, 11 Uhr

Kinder Sonntagsschule, 16 Uhr Versammlung für

Jedermann. Dienstag 16 Uhr Frauenverein,

20.30 Uhr Jungfrauenverein. Mittwoch 20.30

Uhr Gebetsstunde. Donnerstag 20.30 Uhr Ge-

mischter Chor. Freitag 8.30 Uhr Jünglingsverein



An Alle, die gern billig kaufen,
An Alle, die gern sparen möchten:

SERIEN-TAGE

Unsere schöne, gute Ware (auch viele neue Saison-Artikel) ist in fünf Serien eingeteilt. — Große Neuauslagen.

-48 -98 1⁹⁵ 2⁹⁵ 3⁹⁵

Damen-Konfektion

Neue Sendungen trafen ein,
die wir besonders billig einkauften.

Die schönsten Mäntel und Kleider
zu kaum glaublich billigen Preisen.

GEBRÜDER

Alsberg

LÜDENSCHIED

Lichtspiele Carlshöhe

Sonnabend ab 8 Uhr
Sonntag ab 5 und 8 Uhr
Montag ab 8 Uhr

**Große Aafa-Tobis
Tonfilm-
Aufführung**



mit Hans Slüwe u. Walter Jankuhn

Vorsicht, Verräter

Ein Film von Hundetreue
und schlechten Menschen
Das gute Beiprogramm.

Märkische Lichtspiele Kierspe.

Samstag, den 29. November, abends 8,00 Uhr
Sonntag, den 30. November, abends 8,00 Uhr
Ein auserlesenes Programm:

Der Weiberkrieg

nach Ludwig Anzengrubers unsterblicher Komödie
„Die Kreuzelschreiber“ in 6 Akten

Das Findelkind v. Singapore

Ein Wiegenlied auf hoher See in 8 spann. Akt.
Dazu das

Bei-Programm.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß die
Vorführungen punkt 8 Uhr beginnen.

Bestecke
Scheren
Rasiermesser
Rasierapparate
sowie sämtliche
Rasierutensilien
empfiehlt

E. Deitenbeck,
Stahlwaren- u. Waffenhandlung
Lüdenschied.

Vereins-Drucksachen

liefert schnellstens **Wilh. Bell Jr., Halver.**

WEIHNACHTS- VERKAUF

Am Samstag, dem 29. November
liegt dieser Zeitung unser
WEIHNACHTS-KATALOG
bei, der alle Weihnachts-Geschenke
passende Artikel enthält. — Alle
Abteilungen bringen reichhaltige Sortimente
unserer bekannten Qualitätswaren.

J. LÖWENSTEIN

HAGEN, ELBERFELDERSTRASSE 1-3-5.

Wassersport Mühlenstraße.

Am Sonntag, den 30. 11. 30
nachmittags punkt 2 Uhr

Versammlung

im Vereinslokal Jsenburg
Tagesordnung wird in
der Versammlung be-
kanntgegeben. Möglichst
vollständiges Erscheinen
ist dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Versenkbare Nähmaschinen

Schwingsch. RM. 184.50
Rundsch. RM. 207.—
10 Jahre Garantie.



Sors,
Lüdenschied
Wilhelmstr. 2

Unreines Gesicht

Pickel, Mitesser werden
unter Garantie durch
VENUS (Stärke A)
beseitigt.
Preis M. 2.75 — — Gegen
Sommerprossen
(Stärke B) Preis M. 2.75
Halv. Medizinaldrogerie
Carl Menke.

Zur bevorstehenden
Pflanzzeit empfehle
ich meine

Obstbäume

in verschiedenen For-
men wie Hoch- und
Halbstämme, Pyra-
miden und Büsche

Hugo Höngen

Baumschule
Ober-Buschhausen,
Post Schwenke i. W.
Der Besuch meiner Baum-
schule ist gern gestattet.

Gute neue

Uhren

Goldwaren,
sowie Reparaturen.

Alles billig bei:

Uhrmacher

Brüser, Böttcher.

Apollo-Theater Schalksmühle.

Samstag 8 Uhr — — — Sonntag 3 Uhr

Sonntag nachmittag 3 Uhr
Kinder Vorstellung



**Henny
Porten**

in Zuflucht

Nach einer Idee von Walter Supper.

Henny verkörpert in diesem Film ihre vervollkommenste Kraft
unter Mitwirkung bekannter Größen, wie Max Maximilian,
Margarete Kupfer, Alice Pechy, Franz Lederer, Karl de
Vogt, Lotte Stein usw.

Als zweiter Großfilm:

Der Sheriff von Arizona

(Ich werde die Sache schon machen).

Hauptdarsteller: Hoot Gibson, Dorothy Gulliver.
Hoot Gibson, der unerschrockene Held aus Wild-West.

Der wie ein Wirbelwind zu reiten versteht, ein wilder Geselle
mit goldenem Gemüt, erlebt in diesem Film eine Fülle auf-
regender, sensationeller Abenteuer.

Dazu die bekannte

Lustige Einlage.

N. B. Erwerbslose zahlen auf allen Plätzen Vorzugspreise.

Jungen Möwchen

die sich müde u. elend fühlen, keinen Appetit
haben, an nervösen Kopfschmerzen leiden,
nachts nicht schlafen können, sollen Doppel-
herz, das anerkannte Nervenkräftigungsmittel
nehmen, denn alle diese Krankheitserschei-
nungen kann ein gekräftigter Körper besser
überwinden. Aerztlich empfohlen. Verblüf-
fende Erfolge. Probeflasche M2,50 große
Flasche 4,50 u. 5,50 Doppelherz-Dragees 1,50

Niederlage Kierspe-Bhf.: Karl Baukloh.

Möbel

ganze Wohnungs-
einrichtungen

Herde, Betten

auch auf Teilzahlg.

Schiffeliers

Hagen,

Elberfelderstraße

94, 96, 96a, 98.

Heimarbe

schrift, Vitalis-Ven

München